

ging es jedoch um mögliche Kooperationsformen im Zusammenhang mit den medialen Großereignissen in China in naher Zukunft – die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2008 und die Expo im Jahr 2010 in Shanghai. Es ist absehbar, dass China es sich nicht nehmen lassen wird, die Berichterstattung darüber und damit auch über das eigene Land zu dominieren und durch Kooperationsabkommen über die Berichterstattung durch ausländische Medien auch verstärkt eigene Inhalte in Auslandsmedien zu platzieren und damit das China-Bild im Ausland aktiv zu gestalten. Eine jüngst erfolgte erhebliche Aufstockung der betroffenen Etats ist deutliches Indiz dafür. (WSJ, 16.4.07; XNA, 22.5.07)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Weitere Weichenstellungen für nächste Führungselite

Die Welle der Um- und Neubesetzungen in der politischen Führungsebene im Vorfeld des 17. Parteitag der KPCh im Herbst 2007 setzte sich im April und Mai 2007 fort. Wichtige Ämter wurden in drei der vier regierungsunmittelbaren Städte Tianjin, Shanghai und Beijing neu besetzt. Der Parteikongress in der vierten Stadt Chongqing wird vor dem Herbst ebenfalls noch einen neuen Vorsitzenden wählen. Traditionsgemäß werden den Parteisekretären der regierungsunmittelbaren Städte, die den Status eines Ministerialranges haben, zugleich Posten im Politbüro zugewiesen. Diese Personalien standen deshalb im Blick-

punkt der medialen Berichterstattung, zumal mit einigen Neubesetzungen im Politbüro während des kommenden Parteitages zu rechnen ist.

Eine weitere – unrühmliche – Gemeinsamkeit von Tianjin, Shanghai und Beijing liegt darin, dass alle drei Städte im vergangenen Jahr aufgrund von Korruptionsfällen auf höchster Ebene Schlagzeilen machten. Darin dürfte auch ein wichtiger Grund liegen, weshalb einige Positionen nun mit Außenstehenden besetzt wurden, die nicht in die lokalen Netzwerke eingebunden sind. Zhang Gaoli, früherer Parteisekretär der Provinz Shandong, wurde zum Parteisekretär von Tianjin ernannt. Sein Vorgänger und Politbüromitglied, Zhang Lichang, ist seither stellvertretender Direktor der Führungsgruppe zur Wiederbelebung der nordostchinesischen Region, die dem Staatsrat direkt untersteht. Zhang Gaoli war jahrelang außerhalb Shandongs in der südchinesischen Provinz Guangdong politisch aktiv.

In Shanghai ersetzt Xi Jinping den Interims-Parteisekretär Han Zheng, der nach dem Rücktritt von Chen Liangyu im Zuge des Pensionsskandals im Sommer vergangenen Jahres dieses Amt vorübergehend übernommen hatte. Xi zählt nicht zur Clique um Chen Liangyu. Zahlreiche Mitglieder müssen sich derzeit für ihre Verwicklungen in den Korruptionsskandal verantworten. Er bekleidete zuvor das Amt des Parteisekretärs der prosperierenden Nachbarprovinz Zhejiang. In den Medien wurde Xi als einer der neuen Stars in der Führungsebene gefeiert.

Ein weiterer Personaltransfer vollzog sich von Shanghai nach Beijing. Wang Anshun wurde zum stellvertretenden Partei-

sekretär von Beijing ernannt. Dieses Amt füllte er zuvor in Shanghai aus. Diese neue Position ist formal mit guten Aussichten auf das dortige Bürgermeisteramt verbunden.

Posten des Provinzparteisekretärs wurden im Frühjahr ebenso in anderen Provinzen neu besetzt, darunter u.a. Qinghai, Shaanxi und Shandong. Im April besetzte die chinesische Führung ferner die Ämter des Außenministers mit Yang Jiechi, des Ministers für Wasserressourcen mit Chen Lei und des Ministers für Land und Ressourcen mit Xu Shaoshi neu und verjüngte das Regierungskabinett damit weiter.

Neben Wan Gang als neuem Minister für Wissenschaft und Technologie wurde ein weiterer Ministerialposten mit einem Nicht-KP-Mitglied besetzt (siehe dazu auch Dokumentation in der Rubrik Bildung und Wissenschaft). Seit Mitte Mai ist Chen Zhu, Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) und Leiter des Chinesischen Humangenomzentrums in Shanghai, neuer Gesundheitsminister und löst damit Gao Qiang ab. Seine Besetzung gibt ein weiteres Beispiel für die zunehmend leistungs- und fachlich bezogene Auswahl für politische Spitzenpositionen, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Die letzte Besetzung einer wichtigen Führungsposition liegt 35 Jahre zurück, als Fu Zuoyi im Jahr 1972 sein Amt als Minister für Land und Ressourcen niederlegte.

Nach nur einjähriger Amtszeit musste Long Ximin im April seinen Posten als Direktor des Staatlichen Presse- und Publikationsamtes, das dem Staatsrat direkt untersteht, verlassen. Stattdessen wurde er

dem Zentralen Forschungszentrum für Parteigeschichte zugewiesen. Sein Nachfolger ist sein bisheriger Stellvertreter Liu Binjie. Long Ximin dürfte aufgrund zahlreicher Negativschlagzeilen in Ungnade gefallen sein, weil er in den vergangenen Monaten acht kontroverse Bücher chinesischer Intellektueller auf den Index stellte. (*Wen Wei Po* website, 24.4., 2.5.07, nach BBC PF, 26.4., 4.5.07; ST, 27.3., 19., 23.5.07; XNA, 28.5.07; ZTS, 24.3., 24.4.07, nach BBC PF, 26.3., 25.4.07; Xinhua, 24.3., 27.4.07, nach BBC PF, 25.3., 28.4.07; SCMP, 26.3.07; FT, 26.3., 28.4.07; NZZ, 11.4.07)

Demokratischer Sozialismus vs. Sozialismus chinesischer Prägung

Die chinesische Elite debattierte im Frühjahr 2007 in den Medien über eine Reform des politischen Systems und stellte dazu zwei politische Konzepte, den demokratischen Sozialismus und den Sozialismus chinesischer Prägung, gegenüber.

Anlass dafür dürfte weniger die Aussicht auf tiefgreifende politische Reformen im Zuge des 17. Parteitags der KPCh im Herbst 2007 sein. Vielmehr handelt es sich vor dem Parteitag um eine weitere Legitimationsoffensive der KPCh, indem erneut bekräftigt wird, dass das von der parteistaatlichen Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao fortgeführte ideologische Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung unter der Führung der KPCh der Königsweg für die VR China ist und durchaus demokratische Elemente enthält. Die jüngste Debatte nahm ihren Ursprung im März dieses Jahres, als Ministerpräsident Wen Jiabao auch gegenüber ausländischen Medien die

Interpretation von Demokratie durch die chinesische Regierung in einer Grundsatzrede im Nachgang der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses dargelegt hatte (C.a., 2/2007:125-127).

Parteiorgane wie die Zeitschriften *Qiu-shi* und *Yanhuang Chunqiu* sowie die *Beijing Daily* und die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichten zum Thema Reform des politischen Systems einige Kommentare zumeist pensionierter Parteiveteranen und Akademiker. Hierzu zählten der bereits vor Jahren verstorbene Parteiveteran Lu Dingyi und Xie Tao sowie der Präsident der Soziologischen Vereinigung Chinas, Zheng Hangsheng. Des Weiteren nährten Stellungnahmen von Parteiideologen wie dem Vizepräsidenten der Zentralen Parteischule, Li Junru, sowie Artikel in den Parteizeitungen *Renmin Ribao* und *Guangming Ribao* die Debatte.

In keinem der Kommentare wird ein Mehrparteiensystem propagiert. Gemäß ihrem Demokratieverständnis ist eine Einpartei-Herrschaft durchaus vereinbar. Das Verständnis von Demokratie wird dabei nicht auf ein Mehrparteiensystem reduziert, stattdessen ist es gekennzeichnet von regem intellektuellem Leben, Kreativität und der Ausmerzung von Korruption innerhalb der Herrschaftselite. Lu Dingyi wies allerdings daraufhin, dass die Kommunistische Partei nicht gleichzeitig als Beteiligten und Schiedsrichter im Antikorruptionskampf agieren könne. Die Rolle des Schiedsrichters käme der Öffentlichkeit zu.

Demokratischen Sozialismus in Anlehnung an die Wohlfahrtsdemokratie skandinavischer Länder propagierte der frühere Vizepräsident der renommierten Volks-

universität in Beijing, Xie Tao. Der Erfolg dieses Konzepts habe sowohl den des Kapitalismus als auch den des Marxismus übertraffen.

Die Regierungsseite bemühte sich innerhalb der Diskussion darum, die demokratischen Elemente des herrschenden Systems im jahrelangen Prozess der Weiterentwicklung seit Deng Xiaopings Einführung und den fundamentalen Unterschied zur Konzeption des demokratischen Sozialismus hervorzuheben. Im Gegensatz zum demokratischen Sozialismus halte der Sozialismus chinesischer Prägung an der Gesellschaftstheorie des Marxismus weiter fest. Nach Li Jinru ist die Koexistenz von demokratischen Wahlen auf Lokalebene sowie von konsultativer Demokratie ein wichtiger Pfeiler im herrschenden politischen System. Im Hinblick auf die praktizierte konsultative Demokratie verwies Li auf die Erfolge der letzten Jahre, politische Konsultation in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Auch seien bereits Vorschläge umgesetzt worden, in diesen Konsultationsprozess Vertreter einer breiten Öffentlichkeit, zu der auch demokratische Parteien zählen, zu integrieren. Konsultatives Vorgehen auf höchster politischer Ebene zeige sich beispielsweise in den Vorschriften für die Arbeit des Staatsrats vom Februar 2005 (C.a., 2/2005, Ü11). Als einen weiteren Beweis für die Erfolge benannte Lin die Einführung themenspezifischer Sitzungen in der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

Eine mögliche Auswirkung der anhaltenden Debatte um weiterführende politische Reformen könnte die Erhöhung der Mitgliederzahl in den politischen Spitzen-

gremien sein, um den Kandidatenpool für die anstehende Wahl neuer Führungsspitzen auf Parteitaggen zu erweitern. Dies wäre dem Attribut innerparteilicher Demokratie, womit die KPCh seit einigen Jahren wirbt, zuträglich. So spekulierten Hongkonger Medien über eine Vergrößerung des Politbüros mit jetzt 25 Mitgliedern und des Zentralkomitees mit jetzt 356 Mitgliedern. (RMRB website, 10.5.07, nach BBC PF, 13.5.07; QS website, 16.5.07, nach BBC PF, 24.5.07; *Hong Kong Economic Journal*, 27.4.07, nach BBC PF; 3.5.0; IHT, 20.4.07; SCMP, 2.4., 7., 18.5.07; *Ping Kuo Jih Pao* website, 16.5.07, nach BBC PF, 26.5.07))

Neue Bestimmungen für Informationsrecht der Öffentlichkeit

Am 24. April 2007 veröffentlichte der Staatsrat neue Bestimmungen, die der Öffentlichkeit erleichterten Zugang zu Informationen über die Regierungsarbeit bieten werden. Die neuen Richtlinien werden ab Mai 2008 in Kraft treten. Die chinesische Regierung tritt damit den Beweis an, dass sie grundsätzlich das Informationsrecht der Bevölkerung auf die Aktivitäten der Regierung und seiner Behörden respektiert. Trotz der erwartungsgemäßen Exklusion sensibler Themen, die die staatliche, öffentliche oder wirtschaftliche Sicherheit gefährden oder die Rechte von Bürgern, Körperschaften oder anderen Organisationen verletzen, ist die Versorgung mit Informationen ein wichtiger Schritt in Richtung verantwortlichen Regierens. Der chinesischen Bevölkerung bietet sich damit erstmals die Möglichkeit, an Informationen zu gelangen, die ihr bislang verwehrt blieb. Ein

weiterer Effekt könnte die Verhinderung von Korruptionsdelikten an ihrer Wurzel sein.

Bereits seit mehreren Jahren gibt es unterschiedliche Kanäle, die der Bevölkerung mehr und mehr Informationen zuteil werden lassen. Ende 2005 startete die Regierung beispielsweise ein neues Internetinformationssystem und unternahm Ende 2006 weitere Schritte für mehr Transparenz auf der Ebene zentraler Verwaltungsbehörden (C.a., 1/2006:114-115; 1/2007:106). Das Staatliche Informationszentrum veröffentlichte Mitte Mai Statistiken, wonach Ende 2006 mehr als 90% der Ministerien und Regierungen auf Provinzebene und 80% der Regierungen auf Kreisebene über eine eigene Website verfügten. Zu den veröffentlichten Informationen gehören Dokumente des Staatsrats sowie die Liveübertragung von wichtigen Gremiensitzungen, die dem Staatsrat direkt unterstellt sind. Auch boten im Jahr 2006 22 Regierungsangestellte auf der Zentral- und Provinzebene die Möglichkeit zum direkten Meinungsaustausch via Internet. Außerdem werden etwa 1.100 Dienstleistungsangebote auf den Webseiten von 71 Behörden angeboten. Neben der Informationsfreigabe via Internet fand die Einsetzung von Pressesprechern und die Gründung von Dienstleistungszentren seit dem letzten Parteitag 2002 mehr und mehr Verbreitung.

Durch die neuen Bestimmungen sind die Behörden auf allen Verwaltungsebenen aufgefordert, innerhalb von 20 Tagen auf Anfragen der Öffentlichkeit umfassend Auskunft über Haushalts- und Wirtschaftspläne, Umwelt- und Gesundheitsmanagement, Landnutzung und Statistiken zu

geben. (XNA, 16.5.07; WSJ, 23., 25.4.07; *Wen Wei Po* website, 25.4.07, nach BBC PF, 5.5.07; SCMP, 25.4., 2.5.07; ST, 25.4.07; Xinhua, 23., 24.4.07, nach BBC PF, 27., 28.4.07)

Eigenes Fünfjahresprogramm für ethnische Minderheiten

Wie Ende März 2007 bekannt wurde, brachte die chinesische Regierung zusätzlich zum elften Fünfjahresprogramm (2006-2010) erstmalig ein eigenes Entwicklungsprogramm für die Angehörigen ethnischer Minderheiten in der VR China auf den Weg. Der Inhalt des Plans legt die Vermutung nahe, dass mit der wirtschaftlichen Förderung der Minderheitengebiete in erster Linie die präventive Eindämmung gesellschaftlicher Proteste bezweckt wird. In diesen Regionen lebt die Hälfte der armen Bevölkerung Chinas.

Im Rahmen des Entwicklungsprogramms soll bis 2010 ein Überwachungssystem sowie ein Krisenreaktionssystem aufgebaut werden, womit zur Wahrung sozialer Stabilität separatistische Aktivitäten effektiver unterbunden oder niedergeschlagen werden dürften. Das Augenmerk wird hierbei vor allem auf die Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet gerichtet sein. Ethnische Konflikte wurden inzwischen aber auch in der Provinz Yunnan anlässlich eines Staudammbaus auf Minderheitenterritorium bekannt.

Für 22 Minderheiten mit weniger als 100.000 Angehörigen sollen bis 2010 zusätzlich 70 Mio. CNY bereitgestellt werden. Das Finanzministerium werde jährlich 112 Mio. CNY zum Zwecke der Armutsbekämpfung zahlen. Das verfügbare

Pro-Kopf-Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung in Autonomen Regionen solle am Ende der Laufzeit sogar einen Prozentpunkt über dem nationalen Durchschnitt liegen. Das ambitionierte Entwicklungsprogramm sieht zudem vor, dass bis zum Jahr 2010 95% der Bevölkerung von der neunjährigen Schulpflicht erfasst werden und die Säuglingssterberate 0,5% unter dem Wert des Jahres 2005 liegt. In den Aufbau von Infrastruktur zur Vernetzung von Minderheitengemeinden wird das Finanzministerium nach Angaben des Komitees für Ethnische Minderheiten des NVK im Jahr 2007 14 Mrd. CNY investieren, was einer Steigerung von 94% im Vergleich zum Vorjahr gleichkommt.

Das neue Entwicklungsprogramm für ethnische Minderheiten betont zwar zum einen den hohen Stellenwert, den die Regierung der Entwicklung der Minderheitengebiete beims, zum anderen offenbart es aber zugleich die Schwachstellen chinesischer Ethnienpolitik. Trotzdem nutzt die chinesische Regierung erwartungsgemäß das 60. Gründungsjubiläum der Inneren Mongolei dazu, die Erfolge seiner Ethnienpolitik zu propagieren. Die Autonome Region Innere Mongolei (*Nei Menggu Zizhiqu*) wurde am 1. Mai 1947 als erste der fünf Autonomen Regionen gegründet. Nach den Hanchinesen (2000: 79,17%) stellen die Mongolen (17,13%) und die Mandschuren (2,145) die größten Bevölkerungsgruppen. Die Innere Mongolei habe vor allem von der Entwicklungsstrategie für Westchina profitiert. Das BIP habe sich in den Jahren von 1947 bis 2006 um das 892-fache erhöht, womit die Innere Mongolei nun landesweit auf dem 17. Platz liege. Die

industrielle Wertschöpfung habe sich um 41,67% gesteigert. (SCMP, 30.3.07; Xinhua, 29., 30.4., 1.5.07, nach BBC PF, 1., 2., 4.5.07; XNA, 22.5.07)

Tibet: Die Zügel werden enger gefasst

Um einen Imageschaden zu einem Zeitpunkt zu vermeiden, an dem das internationale Interesse anlässlich der Austragung der Olympischen Spiele in Beijing im Jahr 2008 besonders groß ist, lassen Aussagen des Parteisekretärs der Autonomen Region Tibet, Zhang Qingli, eine härtere Gangart gegenüber Tibets erweiterten Autonomiebestrebungen wahrscheinlich werden. Die Regierung dürfte sich dadurch erhoffen, Negativschlagzeilen über Proteste oder Niederschlagungen zu vermeiden.

Ende Mai 2007 beschuldigte Zhang das im Exil lebende geistliche Oberhaupt der Tibeter, den Dalai Lama, mit Staatsfeinden Chinas zu konspirieren, um eine Abspaltung von der VR China herbeizuführen. Hierzu zählte Zhang die islamitischen Separatisten wie die Islamische Bewegung Ostturkestan in der Autonomen Region Xinjiang, die Falungong-Sekte und die Unabhängigkeitskräfte auf Taiwan.

Wie die Nachrichtenagentur Xinhua eine Rede des Parteisekretärs paraphrasierte, habe die „Dalai-Clique“ ihre Bemühungen verstärkt, das chinesische Territorium zu infiltrieren. Zusätzlich zu dieser Brandmarkung, die die erweiterten Autonomieforderungen des Dalai Lama in eine Reihe mit Organisationen stellt, denen Verbindungen zu Al Qaida unterstellt werden, erhöhte die chinesische Regierung im Berichtszeitraum April und Mai den diplomatischen Druck,

um weitere Empfänge ausländischer Regierungen zu verhindern und den Dalai Lama zu isolieren.

Unmittelbarer Anlass für die jüngste heftige verbale Attacke gegen den Dalai Lama könnte ein Interview gewesen sein, dass er Ende März dieses Jahres dem deutschen Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* gegeben hat. Der Dalai Lama forderte darin, wie bereits jahrelang praktiziert, von der chinesischen Regierung „wahre Autonomie“ mit erweiterten Rechten ein. Im April kursierten daraufhin zahlreiche Artikel in offiziellen chinesischen Medien, in denen die Aussagen des Dalai Lamas scharf kritisiert und das eigene Autonomiekonzept für Tibet verteidigt wurden.

Was eine Einstufung als Mitglied einer terroristischen Vereinigung für Konsequenzen hat, zeigte sich im April im Falle der Uigurin Rabiya Kadeer. Obwohl die Geschäftsfrau aus der Autonomen Region Xinjiang Ende der 1990er Jahre bei der KPCh in Ungnade gefallen war und wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit sechs Jahre im Gefängnis verbracht hatte, setzt sie auch im US-amerikanischen Exil ihre Kritik an der Ethnienpolitik der chinesischen Regierung fort. Dieses Faktum sowie ihr Vorsitz im World Uighur Congress (WUC) dem Dachverband der nach Unabhängigkeit strebenden Uiguren und in der Uighur American Association ließen ihre politisch aktiven Kinder in den Blickpunkt der chinesischen Sicherheitsbehörden rücken.

Ihr Sohn Ablidikim Abdiriyim wurde nach seiner Verhaftung im Juni 2006 Mitte April dieses Jahres in Urumuqi, der Hauptstadt Xinjiangs, zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ihm wird die Beteiligung

an secessionistischen Bestrebungen vorgeworfen. Eine Tochter steht unter Hausarrest. Bereits im November 2006 wurde ein weiterer Sohn wegen Steuerhinterziehung zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. (WSJ, 2.4., 21.5.07; SCMP, 18., 20.4., 22.5.07; Xinhua, 17., 24., 26.4.07, nach BBC PF, 19., 27.4.07)

Nach dem Weltbuddhistenkongress nun der Weltdaoistenkongress

Ein Jahr nachdem im April 2006 in Hangzhou (Provinz Zhejiang) der erste Weltbuddhistenkongress abgehalten worden war (C.a., 2/2006:122-124), bediente sich die parteistaatliche Führung einer weiteren Volksreligion der VR, um einerseits ihr Konzept der „Harmonischen Gesellschaft“ zu fördern, indem es in den daoistischen Heilskontext und damit in historische Perspektive gerückt wurde, und andererseits die religionspolitische Toleranz der chinesischen Regierung zu demonstrieren (siehe dazu auch den Fokusbeitrag in diesem Heft).

Vom 22. bis 26. April 2007 inszenierten die Chinesische Daoistische Vereinigung und die Chinesische Gesellschaft für religiöse Kommunikation im westchinesischen Xi'an (Provinz Shaanxi), der Wiege der chinesischen Kultur und der Sonderverwaltungsregion Hongkong, dem Schmelzpunkt westlicher und östlicher Zivilisation, den ersten Weltdaoistenkongress multimedial. Die 300 Delegierten kamen aus 17 Ländern und Regionen. Unterstützt wurde das Forum durch das Staatliche Verwaltungsamt für Religionsangelegenheiten, der Propagandaabteilung der KPCh und

die Präsenz von Parteichef Hu Jintao, womit die Bedeutung des Kongresses für die KPCh hervorgehoben wurde.

Die chinesische Regierung bediente sich ein weiteres Mal eines der Grundwerte buddhistischer und daoistischer Weisheit und stellte ihn in die Reihe ihrer eigenen Strategie der „Harmonischen Gesellschaft“. Harmonie sei nicht nur das religiöse, sondern auch politische Ziel der gesamten chinesischen Gesellschaft geworden und in der daoistischen Lehre, einer Kultur der Harmonie, solle Anleitung für die Ausgestaltung und Umsetzung gefunden werden. Hierzu diene der wichtige Klassiker chinesischer Tradition und Kultur, das *Daodejing* („Kanon des Rechten Weges und der Tugend“) des legendären Gelehrten Laozi. Dieses vermittele „weise“ und „weitsichtige“ Ideen mit immerwährender Gültigkeit.

Liu Yandong, stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und Direktor der Einheitsfrontabteilung der KPCh, zog in ihrer Eröffnungsrede Rückschlüsse auf den Nutzen eines Studiums des *Daodejing*, das vornehmlich der Legitimierung der chinesischen Politik dienlich sein dürfte. So könnten in der Schrift wertvolle Anregungen für einen „korrekten Blick auf das Richtige und das Falsche“, für Harmonie zwischen dem Individuum und der Gesellschaft sowie zwischen Mensch und Natur gefunden werden. Die gesamte Bevölkerung sei deshalb aufgefordert, das *Daodejing* zu lesen.

Nach Statistiken des Staatlichen Verwaltungsamtes für Religionsangelegenheiten aus dem Jahr 2006 gibt es in der VR China mehr als 50.000 daoistische Pries-

ter und mehr als 5.000 daoistische Stätten. Pünktlich zum Kongress konnte eine der wichtigsten heiligen Stätten des Daoismus, der Aussichtsturm Louguantai bei Xi'an, Besuchern wieder zugänglich gemacht werden. Dieser war während der Kulturrevolution im Rahmen der Bekämpfung feudalistischer Relikte zerstört worden. (RMRB website, 23.4.07, nach BBC PF, 27.4.07; FAZ, 25.4.07; Xinhua, 28.12.06, 23.4.07)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Wan Gang neuer Wissenschaftsminister

Die chinesische Regierung ernannte im April 2007 Dr. Wan Gang, Präsident der Shanghaier Tongji-Universität, zum neuen Minister für Wissenschaft und Technologie. Er ersetzt damit Xu Guanhua, der dieses Amt seit 2001 bekleidete. Der 55-jährige Wan füllt unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao als einziges Nicht-KP-Mitglied ein solch hohes politisches Amt aus. Wan Gang ist stellvertretender Vorsitzender der demokratischen Partei für öffentliche Interessen (*Zhi Gong-Dang*). Damit zeigt sich, dass für die Zusammenstellung des Regierungskabinetts zunehmend qualitative Kriterien angelegt werden.

Wan weist umfassende internationale Erfahrung im Forschungsbereich auf und fügt sich somit bestens in die chinesische Entwicklungsstrategie, die für mehr Nachhaltigkeit und Innovation eintritt, ein.

Nach seinem Studium, seiner Promotion in den Ingenieurwissenschaften und einigen Jahren Lehrtätigkeit an der Clausthal-Universität in Deutschland war er beim Audi-Konzern in einer Leitungsfunktion im Forschungsbereich tätig. Er verbrachte insgesamt 15 Jahre in Deutschland. Im Jahr 2000 folgte Wan dem Ruf des damaligen Wissenschaftsministers, an der renommierten Tongji-Universität in Shanghai das Center of Automotive Engineering aufzubauen. Sein Arbeitsschwerpunkt lag in der Entwicklung eines Brennstoffzellenantriebs, um ab 2012 die erste Massenproduktion von wasserstoffbetriebenen Autos in der VR China durchführen zu können.

Von 2002 bis 2004 bekleidete Wan das Amt des Vizepräsidenten der Tongji-Universität, 2004 wurde er Präsident. Noch in dieser Funktion beging Wan Gang im Mai dieses Jahres die Feierlichkeiten zum hundertjährigen Bestehen der Tongji-Universität. Zu den internationalen Gratulanten zählten der deutsche Bundespräsident Horst Köhler sowie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. 1907 war die heutige Spitzenuniversität als deutsche Medizinhochschule vom deutschen Arzt Erich Paulun gegründet worden, 1927 wurde sie zu einer staatlichen Universität umgewandelt. Heute zählt die Tongji-Universität 41.000 Studenten und ist – anknüpfend an die deutschen Wurzeln – Sitz des Chinesisch-Deutschen Hochschulkollegs und der Chinesisch-Deutschen Fachhochschule. (www.bfai.de, 18.5.07; Xinhua, 27.4.07; XNA, 20.5.07; HB, 18., 19., 20.5.07)